

2. Was folgt aus und was möchte Protest?

Das Göttinger Institut für Demokratieforschung, an dem der Autor als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig ist, hat in den letzten Jahren regelmäßig Studien und Forschungsprojekte zur Frage der Bürgerproteste in Deutschland sowie zum Wandel des Engagements durchgeführt.¹ Dabei ging es vom Ausgangspunkt einer angenommenen Partizipations- und Repräsentationskrise des politischen Systems um die Frage, was Menschen dazu treibt, bewusst *außerhalb* von Parteien ihren Interessen Gehör zu verschaffen und dem traditionellen Weg der politischen Interessenaggregation über integrierende Großorganisationen die Wirksamkeit abzusprechen, den Mitwirkungserwartungen der Bürger entsprechen zu können.

Doch muss sich eine wahrgenommene Krise der Repräsentation nicht zwangsläufig zu einer Krise der Demokratie auswachsen. Man kann die Diagnose eines beobachteten Anstiegs des politischen Engagements der Bürger bzw.

1 Vgl. exemplarisch Marg, Stine / Lars Geiges / Felix Butzlaff / Franz Walter (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger? Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg, 2013; Klatt, Johanna u.a.: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld 2011; vgl. Göttinger Institut für Demokratieforschung: Die Proteste gegen den Flughafen Berlin Brandenburg (Ber/BBI), online einsehbar unter http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2011/08-/Studie_BBI_Zusammenfassung.pdf [zuletzt eingesehen am 26.01.2015]; Göttinger Institut für Demokratieforschung: Neue Dimensionen des Protests? Eine explorative Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21, online einsehbar unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf> [zuletzt eingesehen am 15.05.2013].

dem Wunsch dazu von sehr unterschiedlichen Prämissen aus interpretieren.² Einige sich auf Alexis de Tocqueville berufende Sozialwissenschaftler gehen grundsätzlich von einer positiven Auswirkung des Mitmachens, Partizipierens oder Aktivseins für die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft aus – etwa, wenn es darum geht, dass die Teilnahme an Protest und Widerstand als Zeichen für eine Emanzipation und einer selbstbewussten Inanspruchnahme der bürgerlichen Freiheiten gewertet wird und als demokratische Revitalisierung. Diese Sicht basiert auf der Annahme, dass ein *gemeinsames* Anstrengen und Organisieren demokratische Tugenden entstehen ließe bzw. es die Erfahrung einer Eigenorganisation in Gemeinschaft sei, die eine Demokratie fördernde Zivilgesellschaft aufbaue.³ Eine solche kommunitaristische Deutung zivilgesellschaftlicher Partizipation etwa – zu der man bürgerlichen Protest ja auch zählen dürfte – hat auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages vertreten: „Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie durch das Engagement in selbstorganisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können.“⁴ Protest, Aktivwerden, Einspruch und Teilnahme fungieren hier als Übung demokratischer Grundprinzipien und als Zeichen einer Verinnerlichung derselben, die Beteiligung möglichst aller Bürger als Ziel und damit förderungswürdig. Partizipation und Protest können demnach als Belebung des demokratischen Miteinanders und der demokratischen Reife einer Gesellschaft verstanden werden. Diese Anleihen bei Tocquevilles Betrachtungen der noch jungen US-amerikanischen Demokratie haben international breiten

-
- 2 Vgl. hierzu exemplarisch und grundlegend Klatt, Johanna: Partizipation: Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung?, in: Apuz, Jg. 62 (2012) H. 46 – 47, S. 3 – 9, hier S. 7f.
 - 3 Vgl. dazu grundlegend Putnam, Robert D.: Bowling alone: the collapse and revival of American community, New York 2000; vgl. auch Mallory, Peter: Political friendship in the era of ‘the social’: Theorizing personal relations with Alexis de Tocqueville, in: Journal of classical sociology, Jg. 12 (1012) H. 1, S. 22 – 43.
 - 4 Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“: Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, BT-Drucksache 14/8900, S. 24, online einsehbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf> [zuletzt eingesehen am 25.06.2013].

Eingang gefunden in die heutige Debatte über den Stellenwert von zivilgesellschaftlicher Teilhabe.⁵

Demgegenüber gibt es aber auch skeptischere Blicke und Betrachtungen der Rolle von Partizipation und Teilhabe. Thomas Zittel fasst beispielsweise in seiner Betrachtung direktdemokratischer Partizipationsformen Kritikpunkte zusammen, die Johanna Klatt auf die Beteiligung in zivilgesellschaftlichen Bereichen übertragen hat. Hierbei ist besonders die soziale Selektion durch eine Ausweitung der direkten Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten zu nennen. Aus der empirischen Partizipationsforschung ist mittlerweile breit belegt, dass die Bereitschaft zur Partizipation mit dem sozialökonomischen Status eines Menschen in einem positiven Zusammenhang steht, dass es folglich die besser gebildeten und einkommensstarken Teile einer Gesellschaft sind, die sich und ihren Anliegen durch gesteigerte Beteiligungs- und Partizipationsformen verstärkt Gehör und Aufnahme verschaffen.⁶ Darüber hinaus sind verschiedene Formen und Möglichkeiten von Partizipation und Engagement mit ganz unterschiedlichen Hemmschwellen ausgestattet: Während der reine Wahlakt wenig Aufwand erfordert und in der Folge vergleichsweise hohe Beteiligungsquoten erreicht, sind Demonstrationen, Petitionen, Bürgerinitiativen, Eingaben etc. demgegenüber schon mit einem wesentlich größerem Aufwand verbunden und werden von deutlich weniger Menschen regelmäßig ausgeübt.⁷ Es müsse daher in der Betrachtung eine deutliche Trennung geben von lediglich formalen Möglichkeiten zur Teilhabe, zu Partizipation und Protest und den tatsächlichen, realen Möglichkeiten dazu – denn aus dieser Perspektive bedeutet eine offenere, partizipative Demokratie zunächst einmal ein sozial ungleicheres Gemeinwesen, da eben

5 Vgl. exemplarisch Edwards, Bob / Michael W. Foley: *Civil Society and Social Capital: A Primer*, in: Edwards, Bob / Michael W. Foley / Mario Diani (Hrsg.): *Beyond Tocqueville. Civil Society and the Social Capital Debate in Comparative Perspective*, Medford 2001, S. 1 – 14.

6 Vgl. hierzu und im Folgenden Zittel: *Wie viel und welche Partizipation braucht die Demokratie?*, hier S. 7 – 11; vgl. zu diesem Punkt auch Pickel, Susanne: *Das politische Handeln der Bürgerinnen und Bürger – ein Blick auf die Empirie*, in: Weißeno, Georg / Hubertus Buchstein (Hrsg.): *Politisch handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen*, Bonn 2012, S. 39 – 57, hier S. 55; van Deth, Jan: *Politische Partizipation*, in: Kaina, Viktoria / Andrea Römmele (Hrsg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Wiesbaden 2009, S. 141–161, hier S. 153; Jörke, Dirk: *Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie*, in: Apuz, Jg. 61 (2011) H. 1 – 2, S. 13 – 18, hier S. 16ff.; Böhnke, Petra: *Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation*, in: Apuz, Jg. 61 (2011) H. 1 – 2, S. 18 – 25.

7 Vgl. van Deth: *Politische Partizipation*, hier S. 149.

die gut situierten, ressourcenstarken sozialen Gruppen noch mehr Möglichkeiten für eine Interessenvertretung an die Hand bekommen.

Auch ist das Risiko eines *Trade-offs* zwischen verschiedenen Legitimationsquellen einer Demokratie bei der Diskussion um eine Intensivierung von Beteiligung und partizipativer Öffnung keineswegs außer Acht zu lassen, wie etwa Danny Michelsen und Franz Walter betonen.⁸ Eine Öffnung für direktere Partizipationsinstrumente – wie dies implizit durch eine Protestkultur geschehen würde, wenn diese sich festigt und als eine Konstante etabliert, welche die existierenden Strukturen ergänzt – würde nach dieser Lesart einerseits für mehr Vetospieler im politischen Prozess sorgen, und damit für eine gesteigerte Komplexität im politischen Prozess.⁹ Auf der anderen Seite würde dadurch die Frage berührt werden, ob nicht eine gesteigerte *Input*-Legitimität der Demokratie, wenn möglichst viele Menschen an Entscheidungen direkt beteiligt sind, in einer Spannung steht zu einer vom *Output* einer Demokratie gestifteten Akzeptanz, d.h. der Fähigkeit einer demokratischen Verfasstheit, „die Lebensbedingungen und -chancen der Herrschaftsunterworfenen in positiver Weise beeinflussen zu können.“¹⁰ Für die Frage nach der Interpretation und Einordnung zunehmender gesellschaftlicher Proteste folgt hieraus eine gewisse Janusköpfigkeit, als dass sich die Legitimität demokratischer Organisationen durch eine zunehmende Offenheit gegenüber Protesten und Zivilgesellschaft eben *auch* negativ entwickeln kann.

Nicht zuletzt unterstreicht Robert A. Dahl, dass es damit zusammenhängend ein Spannungsverhältnis gebe zwischen direkten Einflussmöglichkeiten auf der einen und der Effektivität partizipativer Verfahren auf der anderen Seite.¹¹ Angelehnt an die Beobachtung der Zunahme von Vetospielern basiert dieses Argument auf der schlichten Tatsache, dass ein Anstieg der „Mitredenden“, auf die Rücksicht genommen werden muss, erst einmal die Möglichkeit individueller Interessenartikulation verringere. In großen, heterogenen Gesellschaften sei demzufolge eine Garantie ausgleichender Interessenberücksichtigung nur in einer re-

8 Vgl. Michelsen, Danny / Franz Walter: Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Berlin 2013, S. 147 – 162.

9 Auf diesen Punkt wurde schon in den „Unregierbarkeits“-Debatten der 1970er Jahre hingewiesen, vgl. exemplarisch Hennis, Wilhelm: Parteienstruktur und Regierbarkeit, in: Hennis, Wilhelm / Peter Graf Kielmansegg / Ulrich Matz (Hrsg.): Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977, S. 150 – 195.

10 Zittel: Wie viel und welche Partizipation braucht die Demokratie?, hier S. 8.

11 Vgl. dazu Dahl, Robert A.: A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly, Jg. 109 (1994) H. 1, S. 23 – 34, hier S. 28 – 30.

präsentativen Entscheidungsorganisation möglich, da mit steigender Zahl an Beteiligten ein Durchdringen des Einzelnen immer aufwändiger und voraussetzungsreicher werde und eine Garantie einer Gleichbehandlung damit illusionär. Eine weitere negative systemische Folge daraus sei die implizite Stärkung von Status-Quo-Interessen, gegen die es neu organisierte Gruppen immer schwerer hätten, sich durchzusetzen, je kleinteiliger der politische Willensbildungsprozess angelegt sei.

Weiters verbirgt sich hinter dem Schlagwort der *bad civil society* eine Debatte, die mit historischen Beispielen und demokratietheoretischer Argumentation vor einem allzu positiven und universell demokratieförderlichen Verständnis der Öffnung für eine umfassende Partizipation warnt.¹² Mit Bezug auf die Entwicklungen in der Weimarer Republik in Deutschland hat Sheri Berman herausgestrichen, dass eine besonders aktive, partizipative Zivilgesellschaft keineswegs automatisch Menschen auch in ein demokratisches Gemeinwesen integriere.¹³ Zwar kann man mit Fug und Recht einwenden, dass die heutigen demokratischen Institutionen Deutschlands eine völlig andere Verankerung in der Bevölkerung erlangt haben – doch kann man auch im Deutschland des Jahres 2013 sicherlich nicht für alle zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Interessenvertretungen annehmen, dass sie *per se* demokratiestabilisierend wirken.¹⁴ Die Vermutung, dass bürgergesellschaftliches Engagement zum Einüben demokratischer Praxen führe, kann sich in der Realität durchaus anders darstellen – es besteht jedenfalls kein Zwang oder Automatismus, dass Protestgruppen sich nach innen offen, tolerant oder gar basisdemokratisch organisieren müssen.¹⁵ Für Johanna Klatt liegt die Crux in einem demokratischen Wert von Partizipation in ihrem Verhältnis zu den demokratischen Institutionen. Ist dieses Verhältnis gestört oder distanziert, so könne sich eine gesteigerte intensive Partizipation rasch desintegrierend und Demokratie-zersetzend auswirken: „Ein positives Verhältnis der Partizipationsgesellschaft zu den politischen Institutionen ist jedoch ohne

12 Vgl. dazu exemplarisch Klatt: Partizipation: Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung?, hier S. 7f.; vgl. auch Chambers, Simone / Jeffrey Kopstein: Bad Civil Society, in: Political Theory, Jg. 29 (2001) H. 6, S. 837 – 865.

13 Vgl. Berman, Sheri: Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic, in: World Politics, Jg. 49 (1997) H. 3, S. 401 – 429.

14 Vgl. Roth, Roland: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16 (2003) H. 2, S. 59 – 73; vgl. auch Geiges, Lars / Stine Marg / Franz Walter: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.

15 Vgl. dazu exemplarisch Reiter, Bernd: Civil Society and Democracy: Weimar Reconsidered, in: Journal of Civil Society, Jg. 5 (2009) H. 1, S. 21 – 34.

Zweifel ein wesentliches Merkmal einer stabilen Demokratie.“¹⁶ Wie sich dieses Verhältnis ausgestaltet, steht eben auch hinter der Frage nach dem Zustand und den Anliegen der betrachteten Bürgerproteste sowie den daraus folgenden Wirkmechanismen auf die demokratische Verfasstheit.

2.1 WIE ENTSTEHEN DEMOKRATIENORMEN?

In der deutschen Alltagssprache bezeichnet der Begriff „Diskurs“ ein öffentlich diskutiertes Thema einer meist aktuellen Debatte. Das englische *discourse* wie das französische *discours* hingegen können mitunter sehr viel weiter gezogene Bedeutungsumfänge besitzen, und umso weiter gesteckt kann ergo auch der Bereich sein, der mit „Diskursanalyse“ nur sehr schwammig umrissen ist.¹⁷ Ursprünglich als sprachwissenschaftliche Analyse von Sprech- und Diskussionsstrukturen in den verschiedensten Kontexten entstanden, ist die Methodik aber rasch – analog zum weiten Bedeutungsgehalt von „Diskurs“ – der Linguistik entwachsen. Die Bandbreite ist dabei so vielfältig wie unübersichtlich: Fast alles kann Diskurs sein, fast alle sprachlichen wie nichtsprachlichen Interaktionen und Austauschprozesse sind mit diskursanalytischen Methoden schon beforscht und beschrieben worden.¹⁸ Zentral bleibt dabei stets, die Strukturen und Mechanismen der Entstehung von „Bedeutungssystemen“¹⁹ herauszustreichen, wie sie entstehen, sich ausdrücken, sich durchsetzen, wie sie sich wandeln. Wie letztlich „eine gesellschaftliche Realität fassbar, denkbar, lesbar geworden ist.“²⁰

Die Politikwissenschaft selber hat dabei lange Zeit einen weiten Bogen um die systematische Aufnahme diskursanalytischer Elemente gemacht; die in großen Bereichen der Disziplin vorherrschende, einengende Konzentration auf Rational-Choice-Entscheidungen und auf institutionelle Erklärungsfaktoren haben eine Hinwendung zu diskursanalytischen Methoden erschwert und verstellt.²¹

16 Klatt: Partizipation: Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung?, hier S. 8.

17 Keller, Reiner: Diskursforschung, Wiesbaden 2004, S.13.

18 Vgl. ebenda.

19 Ebenda, S.27.

20 Chartier, Roger: Die unvollendete Vergangenheit, Frankfurt a.M., 1992, S. 11.

21 Vgl. Nullmeier, Frank: Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, in: Keller, Reiner / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöfer (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Opladen 2001, S. 285 – 311, hier S. 285; vgl. auch Nonhoff, Martin: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt Soziale Marktwirtschaft, Bielefeld 2006, S. 30.

Dabei hat die Demokratietheorie schon früh auf die Abhängigkeit und Interdependenz demokratischer Akzeptanz und Legitimität von tief verwurzelten Einstellungsmustern und Demokratienormen hingewiesen. James MacPherson wies in den 1970er Jahren darauf hin: „the workability of any political system depends largely on how all other institutions, social and economic, have shaped, or might shape, the people with whom and by whom the political system must operate.“²²

Auch stehen in diesem Falle hinter Rational-Choice-Annahmen zur Entscheidungsfindung auf der einen und eher interpretativ motivierten Ansätzen der Politikwissenschaften auf der anderen Seite ganz unterschiedliche Vorstellungen von Rolle, Aufgabe und Fähigkeiten von Wissenschaft. Eine auf Rational Choice basierende Herangehensweise hat eine verallgemeinerbare, überprüfbare Hypothesengenerierung zum Ziel – und demzufolge muss auch die Ebene des Verstehens im Detail abstrakt bleiben, da man ansonsten „zwar ein Modell hervorbringen könne[...], das unter gewissen Umständen nützlich, aber eben schwierig auf andere Umstände anzuwenden ist, da der kausale Mechanismus, der die Regularität produziert, nicht verstanden wird.“²³ Eine allzu detailgenaue Betrachtung von Fällen ist aus dieser Perspektive methodisch kontraproduktiv, weil sie die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse mitunter einschränkt. Das Ziel einer auf Rational Choice basierenden Entscheidungstheorie ist – unter Annahme zweckrationalen Verhaltens – das Verifizieren oder Falsifizieren von Hypothesen bzw. die Ausprägung von Vorhersagbarkeiten für (politische) Entscheidungssituationen von Individuen.²⁴

Demgegenüber möchte eine interpretative Vorstellung von Politikwissenschaft den soziokulturellen Kontext menschlichen Handelns viel stärker mit verstanden wissen: „Die Annahme, dass nicht das Individuum im Vordergrund steht, sondern eine soziale Konstruktion der Realität, durch welche das Individuum erst gedacht werden kann, bringt die Differenz dieser Forschungsprogrammatiken gut auf den Punkt.“²⁵ Dass es verschiedene Realitäten und Wahrnehmungen gibt, dass Bedeutungen erst generiert werden müssen, dass auch der

22 MacPherson, Crawford Brough: *The Life and Times of Liberal Democracy*, Oxford 1977, S. 4.

23 Dür, Andreas: Rational Choice: Ein kritisches Plädoyer für Theorien der rationalen Entscheidung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 41. Jg. (2012) H. 1, S. 73 – 83, hier S. 79.

24 Vgl. ebenda, S. 74 und 80.

25 Durnová, Anna: Über die Rationalität hinaus: für eine interpretative und reflexive Wissenschaft. Reaktion auf Andreas Dür, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 41 (2012) H. 3, S. 315 – 322, hier S. 316.

Forscher selbst als Person „seine“ ganz eigene Realität zwangsläufig mit in den Frage- und Forschungsprozess mit einbringt, dass nicht die Reproduzierbarkeit eines erstellten Modells als oberstes Ziel gilt – all dies steht der Kontingenzzannahme des Individuums bei Rational-Choice-Vorstellungen entgegen, stringent stets für den individuellen Vorteil zu entscheiden. Es soll an dieser Stelle kein Scheingefecht gegen eine Strohfigur dieser Entscheidungstheorie geführt und Rational-Choice-Annahmen mit einem methodischen Individualismus verrührt werden. Interpretative Ansätze setzen allerdings im Vergleich weder extern entstandene Präferenzen voraus, noch blicken sie ausschließlich und isoliert auf das einzelne Individuum und seine Entscheidungen. „Durch die Analyse von Bedeutungen impliziert die interpretative Politikwissenschaft eine Reziprozität zwischen einem Phänomen und der konkreten Positionierung seitens des Individuums. Aus dieser Reziprozität heraus werden soziokulturelle und historische Zusammenhänge als Kontext konzipiert, wo Präferenzen von AkteurInnen zu verorten sind.“²⁶ Um diese Zusammenhänge zwischen Umweltbedingungen und Entscheidungen von Akteuren, um die Wahrnehmungen der Protestierenden von der Gesellschaft und Demokratie, in der sie leben, um die Fragen nach ihren Entscheidungs- und Werthintergründen soll es in dieser Arbeit gehen und folglich ist die Anlehnung dieses Vorhabens an eine solche, eben: *interpretativ* verstandene Politikwissenschaft deutlich zu unterstreichen.

Für eine Untersuchung der oben skizzierten Fragestellungen erscheint das Vorgehen mittels Anleihen bei der Diskursanalyse durchaus vielversprechend. Denn das Einbeziehen von Demokratienormen, Mentalitäten und Erwartungen an Demokratie und Politik in die Betrachtung setzt – gegenüber institutionell fixierten Erklärungsversuchen und der Suche nach vermeintlich „objektiven“ Entscheidungssituationen – voraus, dass ein Problem nicht einfach als „naturgegeben“ angesehen wird und man sich rein um die administrative Bearbeitung kümmern müsse, sondern dass Diskurse, Krisen und Probleme stets in den Wahrnehmungen und Kausalannahmen der Beteiligten wurzeln: Erst in der Bedeutung und Interpretation, in der „politisch-diskursiven Konstitution von Wirklichkeit“²⁷, kann das Porträt eines Diskurses Gestalt annehmen. Auf das hier behandelte Thema des Protests gemünzt, bedeutet dies, die Krisenwahrnehmungen der Protestierenden selber, ihre Motivationen und Begründungen zu verfolgen. Die Produktion und der Wandel von Sinn und Erklärungen, die „Analyse großflächiger Sinnstrukturen“²⁸, steht dabei im Zentrum einer sozial- und politikwissenschaftlich orientierten Diskursanalyse. Diskurse werden in diesem Zusam-

26 Ebenda, S. 317.

27 Nullmeier: Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 288.

28 Nonhoff: Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 29.

menhang als „komplexe Praxis fortlaufender Artikulation“²⁹ betrachtet, die Interpretationsprozesse und -kämpfe um die ideelle Vorherrschaft, um Deutungshoheiten ausfechten. Meinungsführerschaft in einem Diskurs bedeutet folglich, zu einem bestimmten Zeitpunkt und für einen bestimmten Ort zu definieren, was aus der Sicht der Handelnden „wann und auf welche Weise Sinn ergibt“³⁰, welche Wahrnehmung und Strukturierung der gesellschaftlichen Realitäten plausibel und richtig erscheinen. Der soziale Sinn fungiert als eine Art Komplexitätsreduktion der Welt.

Der Begriff der Hegemonie hat bei der Analyse von gesellschaftlichen Diskursen eine Schlüsselrolle inne, denn letztlich läuft der Erklärungsdrang diskursanalytischer Vorhaben meist darauf hinaus, zu begründen, warum sich bestimmte Artikulationsmuster oder Konstellationen sozialen Sinns durchsetzen, warum sich ganz spezifische Formen der Weltdeutung in einer spezifischen Situation zu einer politisch-diskursiven Form der Vorherrschaft aufschwingen können. Ein ganzer Forschungszweig der Soziologie hat sich mit der Frage beschäftigt, welchen Erfolgsbedingungen, welchen Restriktionen und welchen Regelmäßigkeiten diese Etablierung von Hegemonie unterliegt.³¹

Martin Nonhoff beschreibt in seiner Arbeit „Politischer Diskurs und Hegemonie“ dieselbe nicht als schlichten Zwang und Dominanz einer gesellschaftlichen Gruppe und Ideologie, sondern es gehe um einen „widely shared common sense“³², um etwas, das diskursiv entsteht und von unterschiedlichen Gruppen und Teilen der Gesellschaft als etwas Gemeinsames verstanden wird. Eine solche Konstellation entstünde allerdings nie voraussetzungslos aus dem Nichts, sondern verknüpfe schon vorhandene gedankliche Elemente in einer neuen Kombination, baue auf existierenden Fundamenten auf. Eine gewisse Flexibilität sei folglich eine der wichtigsten Ressourcen. Und eine hegemoniale Position könne dann erreicht werden, wenn in einem diskursiven Ringen um einen gemeinsamen Willen ein „symbolisches Äquivalent zum Allgemeinwohl“³³ reklamiert und dieses von möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen und Personen für sich in Anspruch genommen werde. Die Voraussetzungen für erfolgreiche hegemoniale Projekte seien aber nur schwer zu verallgemeinern: Nonhoff streicht eher unbestimmt die „Anzahl der rekrutierten Subjekte“, „diskursive Kompetenz“ und „Organisiertheit“ heraus als Fundament für die „hegemonial ef-

29 Ebenda, S. 32.

30 Ebenda.

31 Vgl. ebenda, S. 91f.; vgl. auch grundlegend Laclau, Ernesto / Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 2006.

32 Mouffe, Chantal: The return of the political, London 2005, S. 53.

33 Nonhoff: Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 173.

fektive Besetzung von Subjektpositionen“³⁴. Die hegemoniale Praxis zielt demnach darauf, einen gemeinsamen Willen gerade der Personen und Gruppen herzustellen, die in einem Diskurs wahrnehmbar und von Gewicht sind, der für diesen speziellen Diskurs relevanten politisch-gesellschaftlichen Kräfte.

Peter Wagner hingegen destilliert in seiner diskursanalytischen Untersuchung von der Wechselbeziehung zwischen Sozialwissenschaften und Staaten³⁵ drei mögliche Typen von gesellschaftlichen Durchsetzungsbedingungen für einen (in diesem Fall: sozialwissenschaftlichen) Diskurs heraus: Entscheidend seien jeweils begründete Legitimitäten, die einem Akteur Durchsetzungsmacht bzw. Autorität zugestehen. Wagner unterscheidet eine wissenschaftlich begründete Legitimität, die auf intellektuellen Traditionen fußt und die das „kognitive Moment“³⁶ darstellt, eine institutionelle Legitimität, die dem Diskurs qua Amt Autorität verleiht, die eine Art „Moment der Bestimmung der sozialen Organisation“³⁷ verkörpert, sowie eine gesellschaftlich-politische Legitimität, die dem agierenden Sozialwissenschaftler über die Politik Bedeutung zukommen lässt.³⁸ Für den Bereich der hier betrachteten Proteste kommt es folglich darauf an, ein Gefühl für die Legitimitäts- und Begründungsstrukturen der Protestierenden zu entwickeln. Wodurch rechtfertigen sie ihren Widerspruch und mit welchen Argumentationen versuchen sie, ihm Kraft zu verleihen?

Als Vehikel für die erfolgreiche, d.h. zu hegemonialer Reichweite gelangende Führung von Diskursen gelten verschiedene Formen von Diskurskoalitionen. Diese stellten das Mittel „par excellence“³⁹ dar, mit dem sich eine ideelle Vorherrschaft bewerkstelligen ließe. Grundlegend hat dabei Michel Foucault von „Diskursgesellschaften“ gesprochen, der dabei seinen Fokus eher auf einer Beschränkung und Verknappung der teilnehmenden Akteure – wie beispielsweise in intellektuellen oder wissenschaftlichen Kreisen – bzw. auf ausschließende, strenge Kodizes der Diskursführung beließ.⁴⁰ Foucault legte mehr Gewicht auf die Rituale der Diskursführung, die in diesem Fall dafür sorgen sollten, dass Diskurse in einem geschlossenen Raum zirkulieren und verweilen, „so dass die Inhaber bei dieser Verteilung nicht enteignet werden“⁴¹. Er mag daher für die

34 Ebenda, S. 176.

35 Wagner, Peter: Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870 – 1980, Frankfurt / New York 1990.

36 Ebenda, S. 23.

37 Ebenda.

38 Vgl. ebenda, S. 23f. und S. 31f.

39 Nonhoff: Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 188.

40 Vgl. Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt a.M. 2003, S. 27f.

41 Ebenda.

beabsichtigte Untersuchung, in der es ja um den Diskurs innerhalb von Protestgruppen, aber eben auch um den der Protestierenden mit der sie umgebenden Gesellschaft geht, zumindest nicht zentral bemüht werden.

Für Gruppen mit anerkannter Expertise und einem professionellen Profil und ergo mit einer schon vorhandenen (wissenschaftlichen oder fachlichen) Autorität ist der Ansatz der *Epistemic Community*⁴² beschrieben worden.⁴³ Eine solche Koalition binde Menschen mit gemeinsamen Grundüberzeugungen, Werten und einem gemeinsamen politischen Projekt zusammen, nicht nur über ein gemeinsam vorhandenes Kausalwissen, und kann dabei auch mehrere fachliche Disziplinen vereinen. Eine *Epistemic Community* sei in Zeiten von allgemeiner Unsicherheit oft besonders einflussreich, denn „in Zeiten [...] unbefragter Evidenzen und klar strukturierter Deutungen bzw. Interessen (d.h. Zeiten der „Sicherheit“, *Anm. F.B.*) bestehen geringe Wirkungschancen von neuem Wissen und Wissenschaft in der und auf die Öffentlichkeit.“⁴⁴ Fehlten diese aber, so würde die fachliche Autorität Orientierung verleihen, Erklärungen und Lösungswege aufzeigen können, nach denen Menschen dann geradezu dürsten. Gerade in als krisenhaft wahrgenommenen Zeiten könne folglich über die fachliche Autorität Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit erreicht werden, mit der dem Protest Wucht und Wirkung verliehen werden können.

Davon zu unterscheiden sind in der theoretischen Betrachtung die *Advocacy Coalitions*⁴⁵, bei denen sich private oder staatliche Akteure, die in verschiedenen Bereichen an der Formulierung und Umsetzung politischer Prozesse teilnehmen, zu Einflussgruppen zusammen schließen, um bestimmte politische Ziele umzusetzen. Diese Koalitionen gehen per Definition über die eng gesteckten Grenzen einer *Epistemic Community* hinaus und können Menschen mit ganz unterschiedlichem professionellen Hintergrund umfassen, die allerdings wenigstens zum Teil im politischen Prozess engagiert sind.⁴⁶ Auch hier sind es nicht materielle Interessen, die den „Zement“ einer *Advocacy Coalition* darstellen, sondern *Belief Systems*, d.h. gemeinsam geteilte Annahmen über Werte, Kausalitäten, Weltdeu-

42 Epistemisch ist eine Anleihe aus der Erkenntnistheorie, d.h. der Frage, wie Wissen zu Stande kommt.

43 Vgl. Haas, Peter M.: Introduction: Epistemic Communities and international policy coordination, in: International Organization Jg. 46 (1992) H. 1, S. 1 – 35.

44 Nullmeier: Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?, S. 296.

45 Vgl. grundlegend: Sabatier, Paul A. / Hank C. Jenkins-Smith (Hrsg.): Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach, Boulder 1993.

46 Vgl. Sabatier, Paul A.: Policy Change over a Decade or More, in: Ders. / Hank C. Jenkins-Smith (Hrsg.): Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach, Boulder 1993, S. 13 – 39, hier S. 16f.

tungen, Wirksamkeiten von politischen Instrumenten.⁴⁷ Sabatier und Jenkins-Smith unterteilen diese *Belief Systems* in drei Ebenen: einen Hauptkern, der grundsätzliche Werte und Annahmen über das Funktionieren der Welt beinhaltet und gleichsam das Fundament darstellt; zweitens, einen politischen Kern, der grundsätzliche politische Überzeugungen enthält und den Glauben an oder die Ablehnung bestimmter politischer Verfahren und Ausrichtungen; zuletzt einen sekundäre Aspekte der detaillierteren Umsetzung der politischen Ziele umfassenden Bereich.⁴⁸ Eine *Advocacy Coalition* werde zusammen gehalten von der Übereinstimmung ihrer Akteure im Bereich des „Policy-Kerns“, wenn die Einschätzungen, die der Verfolgung der zentralen Wertvorstellungen innerhalb des Subsystems Politik dienen, die gleichen sind. Nötig sei zudem ein „nontrivial degree of coordination over time“⁴⁹, um die Handlungen der in unterschiedlichen Bereichen Tätigen aufeinander abzustimmen.

Allen Zugängen über die verschiedenen Diskurskoalitionen ist gemein, dass sie die Bindemittel der Gruppen herauszustellen versuchen, den ideellen Zement, der zwangsläufig notwendig sei, um einen Diskurs oder eine Ideologie in eine hegemoniale Position zu bringen. Dieser entsteht nicht aus gemeinsamen materiellen Interessen, sondern über die Übereinstimmung in grundlegenden Wertesystemen und Sinnstrukturen. Die Sicherheit, dass die „Mitstreiter“ über dieselben oder ähnliche Überzeugungen in den Grundzügen der Weltsicht verfügen, verleihe der Bildung von Diskurskoalitionen eine viel stärkere Rechtfertigung, als dies bei anderen Begründungen der Fall sein könnte. Denn weil Diskurskoalitionen – so sie denn erfolgreich sein sollen – auch möglichst unterschiedliche und weite Kreise umfassende Mitglieder und Mit-Handelnde umfassen sollten, sei darüber hinaus auch eine „beständige Reartikulation der Formation-Formierung“⁵⁰ zwangsläufig notwendig, d.h. die stete Rückversicherung und Beweisführung der eigenen Gesellschaftsdeutung. Zwar unterscheiden sich die verschiedenen Konzepte solcher Diskurskoalitionen hinsichtlich der Annahme, wie stark und statisch oder labil solche „Glaubensfundamente“ sind. Dass der Zusammenhalt von Diskurskoalitionen aber insgesamt als wesentlich weniger fest gemauert angenommen werden muss, als das für fest institutionalisierte Gruppen der Fall sein mag, darüber besteht wenig Zweifel.⁵¹ Bei diesen könne nämlich die Mitgliedschaft kurz- oder mittelfristig die gemeinsame Weltsicht ersetzen.

47 Vgl. Nonhoff: Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 197.

48 Vgl. Sabatier: Policy Change over a Decade or More, S. 31.

49 Nonhoff: Politischer Diskurs und Hegemonie, S. 197.

50 Ebenda, S. 188.

51 Vgl. ebenda.

Der Weg einer Diskurskoalition hin zu einer hegemonialen Position innerhalb der Gesellschaft kann folglich kein linearer sein, weil sich im Rahmen dieser steten Neuartikulation des eigenen Projekts im Verlaufe des Diskurses auch der Diskurs selbst, die eigenen Deutungen und Ansichten ebenso wandeln: „Das theoretische Problem der Erklärung sozialen Wandels [lässt sich] nur über einen Begriff von „Dualität von Struktur“ (Anthony Giddens, *Hervorhebung im Original, F.B.*), der gleichzeitig die Verfestigung von sozialen Phänomenen und deren Transformierbarkeit begrifflich zugänglich macht, erklären.“⁵² Über die eigenen und fortlaufenden Positionsbestimmungen schaffen die Handelnden den eigenen Diskurs erst und definieren ihn zeitgleich immer wieder neu. Und, andersherum gedacht, entstehen politische Erfolge und politische Krisen nicht als solche und gleichsam objektiv, sondern auch und vor allem, weil „ihre Vertreter [...] ihnen Bedeutung geben, sie in anderer Beziehung zur sozialen Realität setzen wollen und ihre Mängel in dieser Hinsicht erkennen. Erst aus diesem Akt entsteht eine Erfordernis zur Änderung von kognitiven Strukturen.“⁵³

Auf das hier verfolgte Vorhaben angewandt, geht es also auch darum, die *Belief Systems* und Diskurskoalitionen des Protests herauszuarbeiten, um gemeinsame Motivationen und den inneren Kitt und Zusammenhalt der betrachteten Gruppen zu verstehen. Es ist hierbei wichtig zu betonen, dass aus den Betrachtungen zur Diskursanalyse für das hier vorliegende Projekt nicht linear folgt, dass lediglich Binnendiskussionen oder interne Begründungsmuster der Protestgruppen zu betrachten sind. Protest als Artikulationsform besitzt neben der angesprochenen Dimension des Gruppenkitts (i.e. „Was hält die Gruppe zusammen, was motiviert sie?“) stets auch eine nach Außen gewandte Seite, die Unterstützung für die Durchsetzung bzw. Zustimmung für den geäußerten Unmut erlangen möchte („Womit wird der Protest begründet, auf welche historischen Präzedenzfälle wird rekurriert, wer wird eigentlich angesprochen und warum?“). Insofern meint *Diskursanalyse* an dieser Stelle Hintergrund, Sinnstrukturen, eben: *Belief Systems* der Protestierenden, und wie diese in den konkreten Protesten durchscheinen sowie was diese für derzeitige und möglicherweise zukünftige Demokratienormen innerhalb unserer Gesellschaft implizieren.

52 Wagner: Sozialwissenschaften und Staat, S. 32.

53 Ebenda, S. 35.

2.2 DIE GROSSSTADT ALS KRISTALLISATIONSPUNKT

Großstädte als Ort, an dem sich gesellschaftliche Entwicklungen wie unter einem Brennglas betrachten und analysieren lassen, haben bereits früh in der Gesellschaftsanalyse Interpreten und Betrachter gefunden. Denn sie sind oft der physische Punkt, an dem gleichzeitig ablaufende Prozesse und Metamorphosen aufeinander stoßen, sich Widersprüchlichkeiten und Paradoxien innerhalb einer Gesellschaft in einer ansonsten verschleierte Deutlichkeit abzeichnen. Zeitgleich sind Großstädte als zentrale Metropolen ihrer Regionen oder Länder auch die Symbole ihrer Herrschaftsformen, ihrer Demokratien und manifest gewordenen Utopien, nach denen man die Gesellschaften ausformen, realisieren möchte: „Die Stadt als Stein gewordene Mutter ist ein utopisches Versprechen, das die Realität der Gegenwart nicht einlösen kann“, mit der „Architektur als Verräumlichung, als Bildhaftwerden des kollektiven Bewusstseins einer Gesellschaft“.⁵⁴ Franz Hessel, zu dessen „Spazieren in Berlin“ Bernd Witte das eben zitierte in einer Nachbetrachtung unterstreicht, sprach von der „Straße wie ein Buch“, an dem sich Entwicklung und Mentalitätslage herauslesen ließen.⁵⁵ Und einhundert Jahre früher bereits ließ Carl Ludwig Börne in seinen „Briefen aus Paris“ aus dem Alltag des revolutionären Frankreich 1830 das Porträt einer sich wandelnden, von paradoxen Gleichzeitigkeiten und einer ungeheuren Aufbruchsstimmung geprägten Gesellschaft im Schmelztiegel einer Großstadt entstehen.⁵⁶

Es sind besonders die Zeiten, wenn gesellschaftliche Modernisierungsschübe mit Traditionsbeständen und -mentalitäten ringen, in denen Städte als Treffpunkt zwischen Alt und Neu Gleichzeitigkeiten ermöglichen, an denen einerseits das Unterschiedliche trennscharf hervortritt und andererseits auch eine neue Melange oder Synthese ermöglicht wird. Als Sammelpunkt eben nicht nur der bereits etablierten Gruppen, Ansichten oder Klassen eines Landes, sondern ebenso als Auffangbecken der Marginalisierten, Halbweltgestalten und Ausgestoßenen bieten Städte einen Nährboden, aus dem – gesellschaftlich gesprochen – Neues entstehen und hier Leben eingehaucht bekommen kann. Vor diesem Hintergrund sind Städte als Anschauungsgegenstand und Theaterbühne gesellschaftlicher Entwicklungen nicht nur interessant, sondern auch Erfahrungsraum für die Frage, wie man derartige Veränderungen eigentlich zu erfassen versucht.

54 Witte, Bernd: Traumstadt Berlin. Nachwort zu und in Franz Hessel: Spazieren in Berlin, Berlin 2011, S. 223 – 232, hier S. 230.

55 Ebenda, S. 226.

56 Vgl. Marcuse, Ludwig: Ludwig Börne. Aus der Frühzeit der deutschen Demokratie, Zürich 1977.

Die gesellschaftlichen Umbrüche und Umwälzungsprozesse etwa, welche die diversen Einwanderungswellen in die Vereinigten Staaten zur Folge gehabt haben, haben indirekt die sozialwissenschaftlichen Methoden mitentscheidend vorbestimmt, nach denen – im Übrigen auch am Göttinger Institut für Demokratieforschung, dessen Mitarbeiter der Verfasser ist – Fragen nach den Folgen gesellschaftlicher Modernisierungsschüben nachgegangen wird. Und es bedarf sicherlich keiner überschäumenden Phantasie, um in grundlegenden Konfliktmustern in und um Städte auch Parallelen zu heutigen Krisenerscheinungen zu entdecken. Die USA etwa befanden sich seit den 1890er Jahren in einer langwierigen ökonomischen Schwächeperiode, die durch zeitgleich stattfindende Wandlungen in der Industriestruktur, einem drastischen Wachstum der Städte und die Wellen der sogenannten *New Immigration* verschärft wurde. In Chicago als Wirtschaftsmetropole, zentralem Verkehrs- und Eisenbahnknotenpunkt sowie Anlaufpunkt für Einwanderer kamen wie unter einem Brennglas diese Entwicklungen zusammen. Die Stadt hatte sich in ihrer Bevölkerungszahl innerhalb von 50 Jahren verzehnfacht und die traditionellen Gesellschaftsstrukturen, Stadtviertel und Umgangsformen sich aufgelöst oder neu gebildet.⁵⁷

Eine soziologisch motivierte Betrachtung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse hatte es auch in den Vereinigten Staaten zuvor bereits gegeben. Doch ähnlich der jungen kontinentaleuropäischen Soziologie waren diese Ansätze mit der Interpretation der schieren Wucht und Geschwindigkeit der Entwicklungen womöglich überfordert. Ferdinand Tönnies, Max Weber oder Émile Durkheim etwa konstatierten mit der eintreffenden Moderne eine brutale, sinnentleerte und gefühlskalte Welt, in der Schutz- und Rückzugsräume der überlieferten Traditionen nicht mehr existierten. Die zunehmende Rationalisierung des Lebens und die Ablösung alter Ordnungen und Hierarchien durch staatliche Gesetze interpretierten sie zwar als Befreiung des Individuums aus dem Zwang und der Einhegung durch Sitte und Religion seiner sozialen Gruppe – sie schufen aber nach dieser Lesart gleichzeitig eine Distanz im emotionalen Bereich, da der Einzelne dem Wellengang des modernen Lebens schutzloser ausgeliefert sei.⁵⁸

Die Wissenschaft der Soziologie in den Vereinigten Staaten war darüber hinaus stark durch eine karitativ ausgerichtete Stiftungslandschaft bestimmt, deren

57 Vgl. Gasser, Karin: Stadt und Delinquenz. Theoretische und empirische Beiträge der frühen Chicago School of Sociology, in: Soz:Mag. Das Soziologie Magazin, H. 2/2002, S. 37 – 40, hier S. 37.

58 Dazu Schubert, Hans-Joachim: The Chicago School of Sociology. Theorie, Empirie und Methode, in: Klingemann, Carsten (Hrsg.): Jahrbuch für Soziologiegeschichte. Soziologisches Erbe: Georg Simmel, Max Weber, Soziologie und Religion, Chicagoer Schule der Soziologie, Wiesbaden 2007, S. 119 – 161, hier S. 121f.

Erkenntnisinteresse an den vermeintlichen Pathologien der Moderne ausgerichtet war. Die Aufgabe des Soziologen war es dabei, mit der Perspektive möglicher „Besserungsansätze“ instrumentell an gesellschaftliche Problembereiche heranzutreten und die vom Verfall und moralischer Verkommenheit bedrohten Gemeinschaften – seien es die sozial Schwachen, bestimmte Einwanderergruppen, Kranke, Alkoholiker, Prostituierte etc. – zu untersuchen, um mögliche Hebelpunkte für Sozialprogramme herauszustreichen. Die Moderne war dabei ein statisches Problem, dessen Symptome man bekämpfen wollte. Ein näherer Kontakt zwischen Forscher und Untersuchungsgruppe kam kaum zustande, die Studien wurden fast ausschließlich auf Basis von Sozialstatistiken und Sekundärliteratur erarbeitet. Insofern war die Interpretation klar: Die Moderne war etwas Zerstörendes, das alte Stabilitäten wanken ließ und durch neue Dynamiken Mensch, Ökonomie, Staat und Gesellschaft durcheinander wirbelte. Etwas, das die Schattenseiten des Daseins hervortreten ließ.

Die Chicagoer Schule der Soziologie, welche in den ersten Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstand, hat sich gegen diese beiden Positionen abgegrenzt und als eine Art Gegenbewegung definiert. Dabei war eine zunächst einmal emphatische Neugierde des Beobachters zentral, der sich mit Haut und Haaren in den Untersuchungsgegenstand Stadt hineinbegab, um in tatsächlicher Begegnung mit den Alltagsnormen, Formen, Tönen, Gerüchen und Sprachen der jeweiligen Viertelbewohner ein Gefühl für die konkrete Lebenswelt zu entwickeln. Nicht die Vorannahme einer pathologischen Entwicklung oder einer unumstößlichen Entwurzelung sollte hier der Ausgangspunkt der Forschung sein, sondern das offene Fragen und Schauen, um – da man als Beobachter in einer städtischen Subkultur oder einem Viertel ja kulturell „fremd“ war – subkutane Zeichen und Nuancen mit aufsaugen zu können. Es ist allein aus fachlicher Binnenperspektive heute interessant, jene Diskussionen um die Frage zu verfolgen, welche Auswirkungen Modernisierungen auf ein Gemeinwesen haben können, besonders unter den Vorzeichen wirtschaftlicher Krisenlagen. Die Tatsache, dass sich die aus dem Chicago der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts entwickelten soziologischen Fragen zum Standardrepertoire der Sozialforschung entwickelt haben und ihre Führungsfiguren Robert Ezra Park und William Isaac Thomas mittlerweile als „Väter der Methoden“ und „Ahnherren der qualitativen Sozialforschung“⁵⁹ geführt werden, macht den Ort als Gegenstand einer sozialwissenschaftlichen Betrachtung interessant.⁶⁰

59 Christmann, Gabriela: Robert E. Park, Konstanz 2007, S. 95.

60 Die Methodenwahl der Chicagoer Schule wird in einem eigenen Unterkapitel 3.1 noch einmal aufgegriffen und expliziert.

Auch die Weimarer Republik als Kreuzungspunkt gesellschaftlicher Umbrüche hat Bernd Witte zufolge eine ganze Reihe von glänzenden Betrachtern und eine eigene „geschichtsphilosophische Topographie“ hervorgebracht.⁶¹ Eine Gesellschaft als Mosaik etwa, vom dem Siegfried Kracauer sprach⁶², mache es notwendig, sich an und vor allem durch die Orte zu begeben, aus denen dieses kleinteilige Gesellschaftsbild zusammengesetzt sei. Walter Benjamin, selbst ein kluger und genauer Beobachter, beschreibt Franz Hessels Herangehensweise an den Kosmos Stadt als „Photomontage“⁶³. Stadtbeobachtung war ihnen Gesellschaftsanalyse und eine Möglichkeit, Phänomene der Moderne fassen zu können. Richard Sennett etwa hat eine ganze Buchtrilogie der Großstadt und ihren Entwicklungen gewidmet und die Stadt stets als Spiegel des jeweiligen Zeitalters begriffen und beleuchtet.⁶⁴

Bei den hier im Zentrum stehenden Bürgerprotesten der vergangenen Jahre sind Städte ebenso oft als Bühnenbretter, aber auch als Streitpunkt und Konfliktgegenstand wichtiger Teil einer Verschiebung von Wahrnehmungen. So sind politisch motivierte „Leuchtturmprojekte“ wie die Großbauten des Stuttgarter Bahnhofs, des Berliner Flughafens oder der Flughafenerweiterungen in München und Frankfurt zu Symbolen genau dieser Bürgerproteste geworden. In den vergangenen Jahrzehnten ist ein regelrechter Wettbewerb um „Leuchtturmprojekte“ entstanden. Von Brücken über Opern und Fußballstadien, Wohnvierteln, Schauspielhäusern und Autobahnkreuzen hin zu Bahnhöfen, Flugzeuglandeplätzen und Hafenanlagen. Die Liste der „Leuchtturmprojekte“ ist lang – weltweit, auch in Deutschland. Die Logik ist stets die gleiche: Investitionen in ein Leuchtturmprojekt versprechen Aufmerksamkeit, sollen Wachstum entstehen lassen, die Region interessanter und wohlhabender zugleich machen, was wiederum ein Grundstein für weitere neue Investitionen darstelle.

Doch überall dort, wo „Leuchtturmpolitik“ betrieben worden ist, kam es in den vergangenen Jahren auch zu Protesten.⁶⁵ Nicht erst seit der wirtschaftlichen

61 Witte: Traumstadt Berlin, hier S. 230.

62 Zitiert nach Matthias Keidel: Die Wiederkehr der Flaneure: literarische Flanerie und flanierendes Denken zwischen Wahrnehmung und Reflexion, Würzburg 2006, S. 35.

63 Keidel: Die Wiederkehr der Flaneure, S. 32.

64 Sennett, Richard: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens: Die Tyrannei der Intimität, Frankfurt a.M. 1983; Ders.: Palais Royal, New York 1986; Ders.: Civitas. Die Großstadt und die Kultur des Unterschieds, Frankfurt a.M. 2011.

65 Vgl. exemplarisch Birke, Peter: Herrscht hier Banko? Die aktuellen Proteste gegen das Unternehmen Hamburg, in: Birke, Peter / Max Henninger (Hrsg.), Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial. Geschichte Online, Berlin 2012, S. 183-220; siehe auch den gesamten Band hierzu; vgl. auch Mayer, Margit: Städtische soziale Bewegungen, in:

Krise ab 2008 sind exponierte und große Leuchtturmprojekte verstärkt in die Kritik geraten, da sie die Logik, Städte als Unternehmen zu begreifen, die mittels Standortbedingungen um „Kunden“ eifern, symbolisch verkörpern: „Schließlich sorgen die neoliberalen Strategien unternehmerischer Stadtentwicklung, die den städtischen Raum ausschließlich als Arena wirtschaftlichen Wachstums begreifen [...] für Zündstoff.“⁶⁶ Darüber hinaus führen die großen Summen, die für solche Projekte ausgegeben werden, in einer Krise der öffentlichen Haushalte zu einer Belastung bzw. erwartbaren Verschlechterung anderer Ausgabenbereiche wie etwa der sozialen Versorgung. Insofern spiegelt der hier beschriebene Protestfokus „Stadt“ eine Begründung wider, bei dem sich die Protestierenden immer dem eigenen Staat bzw. seinen planerischen Ideen gegenübersehen – auch, wenn bei der konkreten Umsetzung von Großbauprojekten die öffentliche Hand oft nur mittelbar via Finanzierung, Beteiligungen oder Kreditgarantien beteiligt ist.

Die im Folgenden betrachteten Proteste zeigen deutlich, dass das Konfliktfeld Stadtentwicklung und Infrastruktur oft genug ein Signum von Wachstums- und eben: Modernisierungsregionen ist. In wachsenden Städten, in empordrängenden Regionen bestehen zunächst einmal mehr als anderswo die gefühlte Notwendigkeit und die finanziellen Möglichkeiten, große, der Hoffnung nach identitäts- und bildstiftende, prestigeträchtige Projekte auf den Weg zu bringen.

Darüber hinaus sind Modernisierungsprozesse in Städten aber auch folgenreich für viele Bewohner, da Städte eben nicht nur Symbol und Bühne, sondern als Lebensraum auch selbst und damit die in ihnen lebenden Bürger den Veränderungen unterworfen sind. Unter dem Stichwort der „Gentrifizierung“ hat sich eine ganze Reihe von Soziologen der Problematik zugewandt, welche die ökonomische Aufwertung von Stadtvierteln für die alteingesessenen Bewohner mit sich bringt.⁶⁷ Und etliche Dachverbände protestierender Gruppen widmen sich in den deutschen Großstädten dem Themenfeld Stadtentwicklung, dem urbanen Lebensraum und seinen Bedingungen.⁶⁸

Klein, Ansgar / Hans-Josef Legrand / Thomas Leif (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999, S. 257 – 271, hier S. 259 f.

66 Mayer, Margit: Soziale Bewegungen in der neoliberalen Stadt, in: Luxemburg, Jg. 2 (2010) H. 4, S. 6 – 15, hier S. 6.

67 Vgl. dazu exemplarisch Holm, Andrej: Das Recht auf die Stadt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 56 (2011) H. 8, S. 89 – 97; vergleiche auch grundlegend Ders. / Klaus Lederer / Matthias Naumann (Hrsg): Linke Metropolenkritik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin, Münster 2011.

68 Vgl. Mayer: Soziale Bewegungen in der neoliberalen Stadt, hier S. 11 – 15.

Großstädte sind jedenfalls „wieder zu Orten sozialer Bewegungen geworden“, resümieren Laura Naegler, Rainer Neef und Ute Neumann, wobei das „Städtische“ eben nicht allein als „Austragungsort“, sondern „in seiner gesellschaftlichen Kontextualisierung als zentraler Anknüpfungspunkt gegenwärtiger Proteste gesehen wird“. ⁶⁹

Die Frage, was das Urbane und Städtische für soziale Proteste eigentlich bedeutet, was der Bezugspunkt „Stadt“ an Protestgruppen ausmacht und wie er die Aktiven prägt, kurz: was Stadt und Protest als miteinander verschränkte Phänomene uns für eine Demokratie-Bestandsaufnahme mitteilen können, ist dabei eminent wichtig. Gleichzeitig ist genau dies bislang eine Leerstelle der Stadtsoziologie geblieben. ⁷⁰

In den Binnenbetrachtungen der Stadtsoziologie wird dabei – dem Beispiel der Flaneure aus der Literatur und auch dem Vorbild der Chicago School of Sociology folgend – unterstrichen, dass der Schmelztiegel-Charakter von Großstädten es erfordere, methodisch besonders offen, neugierig und wachsam durch das Untersuchungsgebiet zu streifen; ein „transdisziplinäres Umfeld“ ⁷¹ zu integrieren, und sich gleichzeitig kommunikativ mit seinen Untersuchungsergebnissen wieder an die Stadt und die Öffentlichkeit zu wenden. Stadtsoziologie sei dort überzeugend, „wo sie sich am wenigsten selbstreferentiell generiert und hinsichtlich der eigenen Rolle sich eingliedert in den Chor derjenigen, die sich wissenschaftlich, künstlerisch-gestalterisch, politisch und gesellschaftlich im weitesten Sinne mit den Problemen (in) der Stadt auseinandersetzen“. ⁷² Es ist für den Fokus der vorliegenden Arbeit dabei zu unterstreichen, dass „Urbanität“ und „Großstadt“ nicht als ausschließlicher Untersuchungsort zu verstehen sind. Großstädte und Metropolen formen und strukturieren eine Gesellschaft, das schon, daneben aber wirken und strahlen sie in ihre Umgebungsregionen hinein. Und oft genug finden gerade im Grenzbereich zwischen Metropole und Umland Reibungen und Konflikte um den gesellschaftlichen Wandel statt, wie etwa die Beispiels der Konflikte um den Bau und die Erweiterung von Flughäfen zeigen, wie dies in Berlin, München, Frankfurt und etlichen anderen Orten über die letz-

69 Naegler, Laura / Rainer Neef / Ute Neumann: Urbanität und Protest. Neue Herausforderungen der Stadt- und Bewegungsforschung, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 25 (2012) H. 3, S. 121 – 126, hier S. 121f.

70 Vgl. ebenda; vgl. auch Eckardt, Frank: Viele Wege nach Rom, oder: Was leistet die Stadtsoziologie heute?, in: *Soziologische Revue*, Jg. 36 (2013) H. 2, S. 132 – 142.

71 Eckardt: Viele Wege nach Rom, hier S. 132.

72 Vgl. ebenda, S. 142.

ten Jahre zu sehen war.⁷³ An dieser Stelle steht an die Quellen folglich die Frage nach der Bedeutung der „Utopie des Urbanen“⁷⁴ und der Vorstellung eines guten Lebens derjenigen, die sich in den betrachteten Protestgruppen engagieren.

2.3 PROTEST UND ALTER: DER BIOGRAPHISCHE ORT VON WIDERSPRUCH

Protest und Widerspruch, Engagement und Aktivsein sind Anstrengungen, die nicht jeder Mensch zu jedem Zeitpunkt seines Lebens zu leisten vermag, sondern unterliegen durchaus Wandlungen im Rahmen eines Lebens. Bisherige Studien zu zivilgesellschaftlichem Engagement zeigen jedenfalls deutlich, dass es Alters- und Beschäftigungsphasen im Laufe eines Lebens gibt, welche ein freiwilliges Mittun in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen – und dazu zählt ein bürgergesellschaftlicher Protest zweifelsohne – wahrscheinlicher machen oder anderenfalls enorm erschweren.⁷⁵ Paul Dekker und Erik van Ingen etwa haben für die Niederlande herausgearbeitet, dass sich – über die Gesamtgesellschaft verteilt – das freiwillige Engagement immer mehr verschoben hat zu denjenigen, die besonders viel Zeit und Energie zur Verfügung haben, etwa Pensionäre und Hausfrauen oder –männer.⁷⁶ Und auch für die deutsche Gesellschaft verzeichnet das Freiwilligensurvey 2009 einen „deutlichen Anstieg des Engagements bei den älteren Menschen“.⁷⁷ Gerade bei denjenigen „jungen Alten“, die zwar aus dem Be-

73 Vgl. dazu Göttinger Institut für Demokratieforschung: Die Proteste gegen den Flughafen Berlin Brandenburg; vgl. auch Butzlaff, Felix / Christoph Hoeft / Julia Kopp: „Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!“ Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung, in: Marg, Stine / Lars Geiges / Felix Butzlaff / Franz Walter (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die neuen Protestbewegungen?, Reinbek bei Hamburg, 2013, S. 48 – 93.

74 Naegler u.a.: Urbanität und Protest, hier S. 122.

75 Vgl. Oesterle, Sabrina / Monica Kirkpatrick Johnson / Jeylan T. Mortimer: Volunteerism during the Transition to Adulthood. A Life Course Perspective, in: Social Forces. An International Journal of Social Research, Jg. 82 (2004) H. 3, S. 1123 – 1149.

76 Vgl. van Ingen, Erik / Paul Dekker: Changes in the Determinants of Volunteering: Participation and Time Investment Between 1975 and 2005 in the Netherlands, in: Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly, Jg. 40 (2011) H. 4, S. 682 – 702.

77 Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, München 2010, hier S. 155f.

rufsleben ausgeschieden sind, sich aber noch bei durchaus guter Gesundheit und Kräften befinden, sei über die letzten anderthalb Jahrzehnte eine deutliche Steigerung des freiwilligen Engagements zu verzeichnen gewesen.

Auch Bettina Munimus zeigt in ihrer Studie zu den „alten“ Parteimitgliedern in SPD und CDU auf, welcher Wandel in Eigen- und Fremdbild und Zuschreibung sich in Bezug auf die älteren Generationen in Deutschland vollzogen hat.⁷⁸ Sie unterstreicht dabei, dass „die gegenwärtige Generation im Ruhestand [...] zur reichsten [gehört], die es bis her in Deutschland gab“⁷⁹, und dass es vor allem die Lebensphase direkt nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben sei, die das prägende Bild der vitalen, aktiven Alten in unserer Gesellschaft ausmache. An dieser Stelle bemühen Franz-Xaver Kaufman und Jürgen Kocka Begriffe wie das „unmerkliche Altern“⁸⁰ und die „gewonnenen Jahre“⁸¹, um die Bedeutung der demographischen Entwicklung und das wahrgenommene Potenzial einer gesundheitlich robusten, wohlhabenden, beruflich hoch erfahrenen Generation von Alten herauszustreichen, die auch volkswirtschaftlich mittlerweile eine gewichtige Rolle eingenommen hat. Und Silke van Dyk und Stephan Lessenich widmen der „Sozialfigur“ der „jungen Alten“ einen ganzen Sammelband.⁸² Munimus lehnt sich hierbei an Leopold Rosenmayr an, der zwischen einem dritten, vierten und fünften Alter unterscheidet.⁸³ Während im fünften und letzten Lebensabschnitt die Kräfte und die Kompetenzen schwinden, bleiben diese Reserven im vierten – zwar schon eingeschränkt – noch halbwegs intakt und sind im dritten Alter noch zur Genüge vorhanden, bieten dann dem „jungen Alten“ noch die Möglichkeit, für sich und andere ein Engagement einzugehen.

Wolfgang Clemens weist darauf hin, dass die Themenkonjunktur zur Alterung der Gesellschaft und dem Bildwandel des Alterns nicht etwas gänzlich Neues sei, sondern seit den 1980er Jahren und der Zunahme frühzeitiger Verrentung zum Zwecke der Entlastung der Sozialsysteme von der Soziologie bzw. ei-

78 Vgl. Munimus, Bettina: *Alternde Volksparteien: Neue Macht der Älteren in CDU und SPD?* Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, Bd. 5, Bielefeld 2012.

79 Ebenda, S. 45.

80 Kaufmann, Franz-Xaver: *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt a.M. 2005, S. 239.

81 Kocka, Jürgen: *Alternde Gesellschaften oder Die gewonnenen Jahre*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Jg. 55 (2008) H. 9, S. 4 – 9.

82 Vgl. van Dyk, Silke / Stephan Lessenich (Hrsg.): *Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur*, Frankfurt a.M. 2009.

83 Vgl. dazu Rosenmayr, Leopold: *Altern im Lebenslauf: soziale Position, Konflikt und Liebe in den späten Jahren*, Göttingen 1996, S. 75.

ner interdisziplinären Gerontologie ins Auge gefasst worden sei.⁸⁴ Neu an der Beschäftigung mit den Potenzialen sei, dass – so Clemens – „diese Sozialfigur erst im Rahmen der (sozial)politischen Nutzung(sversuche) neoliberaler Provenienz als „produktive Alte“⁸⁵ besonders starkes Interesse und Widerhall in der Öffentlichkeit gefunden habe. Ein „Kompetenzmodell“, das Potenziale, Qualifikationen und Erfahrungen der Alten in den Blick nimmt, steht dabei einem „Defizitmodell“ gegenüber, bei dem die eher negativen Seiten des Alters betont werden: eine mögliche Vereinsamung, der körperliche Verfall, drohende Altersarmut oder auch die Schwierigkeit, mit der Einschränkung geistiger Vitalität mit dem technologischen Wandel Schritt halten zu können.⁸⁶ Dahinter steht die Frage nach den Bedürfnissen des Alters, nach der Psychologie älterer Menschen und dem Charakter dieses Lebensabschnitts: Ist die Phase nach dem Ende eines Erwerbslebens geprägt vom Wunsch, nun frei von ökonomischen Zwängen verschlafen, durchatmen, sich zurückziehen zu können? Oder sind es vielmehr die durch steigendes Lebensalter und die bessere gesundheitliche Versorgung zur Verfügung stehenden Kräfte, die die „jungen Alten“ zu neuen Großtaten und rastlosem Ausprobieren treiben würden?

Unabhängig von den daraus folgenden Implikationen für die Sozialsysteme, wenn die noch rüstigen, aber doch nicht mehr im Erwerbsleben gebundenen Alten sich freiwillig zivilgesellschaftlich engagieren, gibt es eine verstärkte Aufmerksamkeit für das Thema. Die Makrostudien für Deutschland der letzten Jahre unterstreichen – wie bereits betont – allesamt, dass die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren, gerade bei älteren Generationen überproportional angestiegen sei.⁸⁷ Die Frage allerdings, ob es lediglich eine Art Kräfte- und Ressourcenüberschuss ist, der Ältere, nun beschäftigungsärmere Menschen zu einem Engagement motiviert, ist eine andere, die allerdings auch in den Sozialwissen-

84 Vgl. Clemens, Wolfgang: Zwischen „Jungem Alter“ und dem Ende des Lebens – Neuere alter(n)ssoziologische und gerontologische Beiträge, in: Soziologische Revue, Jg. 35 (2012) H. 4, S. 437 – 445, hier S. 438.

85 Ebenda; auch der Bericht des Bundesministeriums unterstreicht dieses und spricht von einer „Potenzial- oder Ressourcenperspektive“: BMSFSJ (Hrsg.): Fünfte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission, Berlin 2005, S. 338.

86 Vgl. Muminus: Alternde Volksparteien, S. 53f.

87 Vgl. ebenda, S. 55; vgl. auch die bereits zitierten Freiwilligensurveys der Jahre 1999 – 2004 – 2009 sowie der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegebene Fünfte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland.

schaften theoretisch und empirisch durchdrungen worden ist. Zeit und Energie *an sich* stellen noch keine hinreichende Bedingung dar, um in Widerspruch, Protest oder in anderweitigem zivilgesellschaftlichen Engagement aktiv zu werden. Zwar ist ein angenommener „Pensionierungseffekt“ intuitiv nachvollziehbar, wenn bislang auf die Erwerbstätigkeit verwandte Zeit und Mühe anschließend eine neue Beschäftigung finden müssen, und sich hunderttausende von Rentnern einen neuen Sinn und Lebensaufgabe suchen. Die Rolle des Endes der Erwerbsarbeits-Periode werde dabei aber überschätzt, stellt Bettina Munimus fest.⁸⁸ Es sei vielmehr die Bedeutung von Prädispositionen für ein Aktivwerden, unterstreicht Marcel Erlinghagen in diesem Zusammenhang: Ein Engagement sei dann in späteren Lebensabschnitten wahrscheinlich oder liege nahe, wenn in jüngeren Lebensabschnitten bereits die Erfahrung freiwilligen Mittuns gemacht worden sei.⁸⁹ Auch Franz Walter fasst im Hinblick auf die engagierten Alten in politischen Protestzusammenhängen zusammen: „Die biologische Kategorie Alter gibt noch keinen Aufschluss über Mitwirkungspotenziale und -wünsche.“⁹⁰ Bereits im biographischen Verlauf gesammelte Erfahrungen mit Engagement und Partizipation verlängern sich nach dieser Lesart in das Alter hinein und fungierten hier als Erfahrungshintergrund und Anschlussfähigkeit an die Frage nach einem Aktivsein. Auf diese Weise aber bilden die Engagementstrukturen der älteren Generationen auch nur – vor einem unzweifelhaft günstigeren zeit- und kräfteökonomischen Hintergrund – das ab, was gesamtgesellschaftlich determinierende Faktoren für eine ehrenamtliche Tätigkeit sind: Je höher die Bildung, das Einkommen, der sozial-ökonomische Status, auch die Gesundheit einer Person sind, umso größer die Wahrscheinlichkeit, dass sich jemand engagiert, partizipiert, seine Interessen artikuliert etc.

Gerade vor dem Hintergrund der Bedeutung von im Laufe des Lebens gemachten Erfahrungen für ein Aktivwerden im Alter ist für das hier vorliegende Projekt zu schauen nach unterschiedlichen Begründungen für ein Engagement in den Protestgruppen. Denn es ist auffällig, dass es ja nicht allein das „nicht-traditionelle“ Engagement ist, bei dem die älteren Jahrgänge einen Überhang bilden, sondern dass auch Parteien, Gewerkschaften, Kirchen mit der Rekrutierung neuer, junger Mitglieder mitunter arge Probleme haben und analog zur ge-

88 Vgl. Munimus: *Alternde Volksparteien*, S. 57.

89 Erlinghagen, Marcel: *Volunteering after Retirement. Evidence from German Panel Data*. In: *European Societies*, Jg. 12 (2010) H. 5, S. 603 – 625.

90 Walter, Franz: *Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft*, in: Marg, Stine / Lars Geiges / Felix Butzlaff / Franz Walter (Hrsg.): *Die neue Macht der Bürger? Was motiviert die Protestbewegungen?*, Reinbek bei Hamburg 2013, S. 301 – 344, hier S. 305.

sellschaftlichen Entwicklung in der Tendenz „vergreisen“.⁹¹ Insofern wäre hier die Frage anzusetzen, welche möglicherweise unterschiedlichen Begründungen für ein Mitmachen beim Protest hervorgebracht werden, ob ältere Protestierende als zuvor „klassisch“ Eingebundene ihren Organisationen den Rücken gekehrt haben oder ob sie einer Art „Untergruppe“ entspringen, die auch zuvor nicht in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen aktiv gewesen ist.

Weiters deutet die Betonung von Erfahrungen und Prädispositionen im Leben eines Menschen für eine Offenheit gegenüber Protest auf die Notwendigkeit hin, die Frage unterschiedlicher Generationszusammenhänge nicht aus den Augen zu verlieren. Denn trotz aller Kontroversen bei der sozialwissenschaftlichen Diskussion von Generationsanalysen und dem Nutzen des Begriffs kommt David Bebnowski zu dem Urteil, dass eine offene Handhabung des Generationenkonzepts für das Verstehen von sozialem Wandel durch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sehr hilfreich sein kann.⁹² Der von Karl Mannheim entwickelte Dreiklang aus der *Lagerung* einer Generation, d.h. ihres objektiven Zusammenhangs als Geburtskohorte, dem *Generations-Zusammenhang*, der auf das Erleben derselben Ereignisse oder Zeitperioden hinweist, gesteigert durch eine sich keineswegs immer ausprägende *Generations-Einheit*, die auf eine ähnliche Verarbeitung und Deutung dieser Zeit und Ereignisse hinweist, ermöglicht es, sich als zusammenhängende Generation zu fühlen und als solche zu handeln.⁹³ Es ist hierbei zentral zu unterstreichen, dass die Eigendeutungen von Generationen nichts Statisches sind, sondern im Zeitverlauf auch einem Wandel unterlaufen, sowie dass es keine feste Aufzählung dessen geben kann, was genau ein solches, Zusammenhang und Einheit stiftendes Ereignis eigentlich ausmacht und ob dieses schon in der Zeit selbst oder erst mit vielen Jahren Verzögerung zur Ausprägung kommt.⁹⁴ Bei den hier untersuchten Protesten und Demokratiedeutungen sollen folglich diese Bezugnahmen der Protestierenden auf ihre eigene Vergangenheit eine wichtige Rolle spielen und die Frage nach Unterschieden im Hinblick auf die Funktion, die man für sich selbst und die Proteste im Rahmen einer Demokratie daraus ableitet.

91 Vgl. exemplarisch Dose, Nicolai / Fischer, Anne-Kathrin: Mitgliederschwund und Überalterung der Parteien: Prognose der Mitgliederzahlen bis 2040, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 44 (2013) H. 4, S. 892 – 900.

92 Vgl. Bebnowski, David: Generation und Geltung. Von den „45ern“ zur „Generation Praktikum“ – übersehene und etablierte Generationen im Vergleich. Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, Band 4, Bielefeld 2012, S. 14ff.

93 Vgl. hierzu grundlegend Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen, in: Mannheim, Karl: Wissenssoziologie: Auswahl aus dem Werk, Berlin 1964, S. 509 – 565.

94 Vgl. Bebnowski: Generation und Geltung, S. 12 – 26.

In den Betrachtungen zu Engagement und (politischer) Partizipation in einer Bürgergesellschaft ist immer wieder das Konzept der Selbstwirksamkeit bemüht worden.⁹⁵ Dabei geht es um die Annahme, dass Partizipation eines intrinsischen Selbstbewusstseins bedarf, was die Wirksamkeit und Fähigkeit des eigenen Handelns anbelangt. In der Bildungs- und Schulforschung sind die Entstehungsbedingungen von Selbstwirksamkeitserfahrungen und ihre Bedeutung für schulische Erfolge breit untersucht worden.⁹⁶ Wie mit empfundenen Barrieren und Herausforderungen umgegangen wird und wie Erfolge oder Misserfolge im Leben eigentlich verarbeitet und interpretiert werden, steht hierbei im Mittelpunkt. Positive Erwartungshaltungen etwa, das Überzeugt-Sein von den eigenen Fähigkeiten, führen langfristig etwa zu einer optimistischeren Einschätzung fordernder Situationen: „die subjektive Gewissheit, neue oder schwierige Anforderungssituationen aufgrund eigener Kompetenz bewältigen zu können.“⁹⁷ Auch Misserfolge werden eher ungünstigen äußeren Umständen zugewiesen und nicht einem eigenen Versagen. Dabei sind es vor allem in der Jugend gemacht Erfahrungserfolge, die die Basis dieser psychischen Ressource bilden. All dies kann mit dem Thema des Engagements insofern verknüpft werden, als auch für eine Protestteilnahme angenommen werden kann, dass eine gewisse Erwartung an die Wirksamkeit des Mitmachens Voraussetzung sein dürfte.

Diese Selbstwirksamkeitserwartungen werden allerdings, analog zur Beobachtung bezüglich der Prädisposition für ein Engagement oder Protest, nicht über das ganze Leben hinweg ausgebildet, sondern Menschen behalten „ihre Attributionsmuster, die sie in ihrer Jugenderworben haben, noch im hohen Alter bei. Man kann also bei dieser psychischen Ressource von einer überdauernden Persönlichkeitseigenschaft sprechen.“⁹⁸ Mit der Frage nach Generation, Alter und Protest lässt sich dies insofern verbinden, als dass diese Selbstwirksamkeitserwartungen nicht nur *subjektiv*, sondern auch *kollektiv*, als Gruppe bilden und beibehalten lassen. Wenn also eine sich als Einheit begreifende Generation etwa bei Demonstrationen in ihrer Jugend Erfahrungen gemacht hat, die ihnen die Potenziale und Wirkkräfte autonomer Selbstorganisation bzw. ihre politischen Einflussmöglichkeiten vor Augen geführt haben, so werden diese Erfahrungen aller

95 Vgl. exemplarisch Marg u.a.: Die neue Macht der Bürger?, S. 309f.; vgl. auch Klatt: Partizipation: Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung?, hier S. 6.

96 Vgl. grundlegend Schwarzer, Ralf / Matthias Jerusalem: Das Konzept der Selbstwirksamkeit, in: Jerusalem, Matthias / Diether Hopf (Hrsg.): Selbstwirksamkeit und Motivationsprozesse in Bildungsinstitutionen, Zeitschrift für Pädagogik, 44. Beiheft, Weinheim 2002, S. 28 – 53.

97 Ebenda, S. 35.

98 Ebenda, S. 33.

Wahrscheinlichkeit nach ein Leben lang gespeichert und können eine Prädisposition für einen selbstbewussten Widerspruch im gesellschaftlichen Diskurs stark unterstreichen.

Für die Bürgerproteste und Demokratieerwartungen, die hier im Zentrum stehen, geht es demzufolge bei der Frage nach dem biografischen Ort von Protest um die unterschiedlichen Begründungen und Bezugnahmen, die hinter einer Entscheidung für eine Partizipation stehen. Unterscheiden sich die Motivationen bei verschiedenen Altersgruppen – gibt es unterschiedliche „Protestgenerationen“ dergestalt, dass aus der individuellen oder generationellen Historie Vorbilder oder Schlüsselerfahrungen bemüht werden, die Treibstoff und Hoffnung verdeutlichen sollen? Und nicht zuletzt: Lassen sich aus diesen Fragen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung Schlussfolgerungen ziehen für die Diskussion zukünftiger Organisation der Entscheidungsfindung in unserer Gesellschaft?

2.4 ZWISCHENFAZIT I: ZUR FRAGESTELLUNG

Es soll bei der vorliegenden Studie um die Bürgerproteste in Deutschland gehen, die sich außerhalb von traditionellen Einbindungsformen des demokratischen Systems an ganz unterschiedlichen Themen und Feldern herausbilden. Drei Fragekomplexe stehen dabei im Zentrum: *Erstens*, die Frage nach dem Ort von Protest im Rahmen eines Lebens, dem biographischen Ort von Widerspruch und den sich verändernden Motiven und Begründungen, die dabei zum Tragen kommen; *zweitens*, die Utopien von Protest, was Demokratie und Politik und deren Krise sowie die Rolle des Bürgers darin anbelangt; und *drittens*, die Rolle von Urbanität und Gemeinschaft als Konfliktfeld, aber auch als Bezugspunkt für eine Utopie von Gesellschaftsorganisation. Über eine sozialstatistische Erfassung des Rahmens hinaus, dessen Protest und Engagement bedürfen, sollen auf diese Weise mehr die Motive und Eigenbegründungen von Protest in Deutschland erspürt werden, und darauf aufbauend die Hoffnungen und Erwartungen, die sich an Demokratie, Politik, Parteien und Gesellschaft wenden. Das eingangs betonte Auseinanderklaffen von demokratischer Realität auf der einen und sich verändernden Demokratienormen auf der anderen Seite, welche sich möglicherweise davon entfernt haben, macht eine genauere Betrachtung auch aus einer normativen Demokratieforschungsperspektive wichtig und notwendig. Diese hier herausgeschälten Fragen sind gerade im Verlaufe der letzten Jahre dringlich geworden, während derer sich aus einer zunächst einmal ökonomischen Krisendiskus-

sion immer mehr und stärker auch eine zur Demokratie und der Einbindung ihrer Bürger entwickelt hat.

Wichtig ist dabei, zu betonen, dass den hier im Zentrum stehenden Bürgerprotesten gleichwohl ein organisatorisches Moment innewohnt, welches sie von erratisch aufflammenden Krawallen oder Revolten unterscheidet. Es geht um diejenigen Menschen, denen eine Veränderungsmotivation innewohnt, welche durch die Anstrengung sichtbar wird, ein Anliegen über Zeit und Hindernisse hinweg zu verfolgen und zu vertreten. Die aber, und das ist das entscheidende Merkmal, die bestehenden Möglichkeiten zur Integration ihrer Interessen in die politischen Vertretungsmechanismen eben nicht mehr als ausreichend erachten.

